

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Erscheint wochentl. Nachm. Bezugspreis monatlich im Voraus 150 R. Wfg. freibl., auschl. Trägerl. Einzelne Nr. 10 Reichspf., Sonntags-Nr. 20 R. Wfg. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,15 R. Mart, v. anberhalb des Bezirkes 0,20 R. Mart, 3 gesp. Retikette 0,45 R. Mart, Hinweise auf Anzeigen und Eingeladene 0,10 R. Mart, Nachweise- und Quartengebühr 0,20 R. Mart, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gegründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 3. Postfachamt Amt Leipzig Nr. 4436. Bankkonto: Vereinsbank zu Coburg für die Waldenburg. Stadtkontingent Waldenburg 16. Rabatte gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zwangsweiser Einziehung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachschuß inbegriffen.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Bereins (D. V.) — Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolfenbürgel bei Herrn Linus Friedemann; in Denig bei Firma Wilhelm Dähler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Auslieferung, Maschinenbruch, Eindrücken im Betrieb der Druckerei oder sonstigen Umständen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Zugleich weit verbreitet in den Ortsschaften der Ständesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Raufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolfenbürgel und Ziegelheim.

Nr. 87

Donnerstag, den 15. April 1926

48 Jahrgang.

Vorläufig keine Aufhebung der Militärkontrolle.

Amtlicher Teil.

Als Ortsgerichtspersonen für die Gemeinde Falken sind heute verpflichtet worden:

- 1.) Gu. s. b. Hugo Bruno Grimm in Falken als Ortsrichter,
- 2.) Schneidemeister Richard Hermann Ebersbach d. a. als Gerichtsdiener.

Amtsgericht Waldenburg Sa., den 12. April 1926.

Reichsminister Dr. Luther reist am Freitag nach München. Im Reichstag fanden zwischen Mitgliedern des Rechtsausschusses Verhandlungen über die Frage der Stärkenabfindung statt.

Die wirtschaftlichen Spitzenverbände fordern Beseitigung der Preisstreuerverordnung.

Das tschechische Kabinett Cerny kehrt vor dem Rücktritt.

Die französische Regierung protestiert gegen das italienisch-britische Abkommen über die Teilung Abessinien.

Die Sowjetregierung veröffentlicht die ablehnende Antwort auf die Einladung zur Abrüstungskonferenz.

Abdel Krim w. K. das Friedensangebot der französischen und spanischen Bevollmächtigten ablehnen.

Waldenburg, 14. April 1926.

Allen Prophezeiungen zum Trost hat die Landflucht, schon vor dem Kriege die größte Sorge unserer Agrarpolitiker, erneut stark eingelebt. Die Ergebnisse der Volkszählung von 1925 geben ein erschreckendes Bild von der Unterhöhlung unserer landwirtschaftlichen Basis. Während 1919 der Anteil der Großstadtbewölkerung an der Gesamtbevölkerung des Reiches 23,8 Prozent betrug, stellt er sich heute auf 26,2 Prozent. Während so in den Großstädten Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot zur Dauerkatastrophe werden, macht sich in den landwirtschaftlichen Betrieben ein Mangel an brauchbaren Arbeitskräften breit, der den tiefsten Grund bildet für die seit dem Kriege wieder ständig gewachsene Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte (1925 betrug das Kontingent 130 000).

Die Landflucht ist im wesentlichen eine Ost-West-Bewegung, ein Bevölkerungsabstrom aus den ostelbischen Agrargebieten, der um so gefährlicher wirkt, als bei unseren östlichen und südöstlichen Nachbarstaaten die Agrarumwälzungen der Nachkriegszeit, großen Teils auf Kosten bisher deutscher Besitzes, zu einer starken Auffüllung der Grenzbezirke geführt haben und noch führen. Diese Gefahr kann nur durch eine kraftvolle Siedlungspolitik nach Osten gebannt werden; ein starker Wall bodenständiger deutscher Bauernsiedlungen muß sich dem begehrlischen Andrängen fremden Volkstums entgegenstellen.

Man kann es in diesem Zusammenhange vielleicht als ein Glück betrachten, daß eine kraftvolle Siedlungspolitik zugleich auch der um ihre Existenz ringenden Landwirtschaft eine wirksame Hilfe werden kann. Viele unserer ostelbischen Großbetriebe sind, ganz unabhängig von der Höhe des zur Verfügung stehenden Betriebskapitals, unter Berücksichtigung der heutigen landwirtschaftlich-technischen Verhältnisse, zu groß. Durch die Abgabe des überflüssigen Landes gegen Kapital oder Rente erhält der Eigentümer für seinen Betrieb das nötige Betriebskapital, und auch, soweit es sich um Rente handelt, einen sicheren Rückhalt gegen Konjunkturschwankungen. Der Aufstellung aber kann durch derartige Landabgabe wie auch durch den billigen Ankauf von Gütern, die sich heute auch bei solcher Verkleinerung nicht mehr halten können, Land in völlig ausreichendem Maße und zu Preisen zugeführt werden, die für den kräftigen Siedler durchaus tragbar erscheinen. Geeignetes Siedlermaterial ist reichlich vorhanden. Die zweiten und dritten Bauernsöhne aus den besten Gegenden Deutschlands werden dem Rufe zur Ostsiedlung gern Folge leisten, um dadurch die wirtschaftliche Selbstständigkeit zu erwerben, die ihnen in der engen Heimat versagt ist. Vor allem aber stellen die aus dem verlorenen Osten vertriebenen Ansiedler, die noch zu Tausenden der Wiederansetzung harren, ein vorzügliches Siedlermaterial dar.

Die einzige wirkliche Schwierigkeit ist die Geldfrage. Vor dem Kriege erfolgte die Finanzierung

der inneren Kolonisation durch die Länder im Wege des Realkredits; über die Schwierigkeiten bis zur Erlangung dieses Realkredits auf die fertige neue Siedlung halfen staatliche Zwischenkredite hinweg. Heute ist dieser Weg angesichts der Verhältnisse im Realkredit ungangbar. Deshalb muß mindestens für die nächsten 3-5 Jahre das Reich einspringen, damit nicht eine Gelegenheit verpaßt wird, die vielleicht nie wiederkehrt.

Selbstverständlich darf das Reich nicht etwa seinerseits die praktische Aufgabe, die Durchführung der Siedlung selbst, in die Hand nehmen. Die gesetzlichen Träger des Siedlungswerkes sollen auch in Zukunft die ländlichen Siedlungsvereine sein, in erster Linie die offiziellen gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen, die nach dem Reichs-Siedlungs-Gesetz in allen Ländern bezw. Provinzen bestehen. Über auch andere Siedlungsunternehmer, z. B. die Gutsbesitzer, die selbst ihr Land besiedeln wollen, die Landkreise oder Genossenschaften der Siedlungsvereine können unter Aufsicht der zuständigen Landesbehörden sich an dem großen Werke beteiligen. Von Reichswegen ist lediglich eine möglichst selbständige gemeinwirtschaftliche Verteilungsstelle zu begründen, die ohne unnötige Zwischenglieder die vom Reiche zu gewährenden Kredite den genannten Siedlungsträgern unmittelbar zuführt.

Preussische Kulturfragen.

Weshalb das Schulgeld erhöht wird.

Der preussische Kultusminister Dr. Beder äußerte sich im Hauptausschuß des Landtages über eine Reihe wichtiger Kulturfragen. Nachdem er sich gegen schematische Sparmaßnahmen auf dem Gebiete der Volksbildung gewandt hatte, erklärte er, die Erhöhung des Schulgeldes sei auf Beschluß des Staatsministeriums erfolgt, um der Finanznot des Staates Rechnung zu tragen. Die Besucherzahl der Volksschulen sei um 1,2 Millionen gesunken, die Besucherzahl der höheren Schulen dagegen um etwa 50 Prozent gesunken.

Der Minister sprach sich dann für den baldigen Erlaß eines Reichsschulgesetzes aus, das ein Werk aller Weltanschauungsgruppen sein müsse. Was seine Personalpolitik anlangt, so sei es nicht richtig, daß die Anhänger irgend einer Partei übergeben würden. Der Minister gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Gründung der neuen pädagogischen Akademie nunmehr erfolgen könne. Das Staatsministerium stehe auf dem Standpunkt, daß gegen die Gründung einer simultanen Akademie keine verfassungsrechtlichen Bedenken vorlägen. Da aber Einspruch erhoben worden sei, werde die Entscheidung des höchsten Gerichtshofes angerufen werden. Die Not der Junglehrer sei die dringendste und drückendste Frage. Die Zahl der Junglehrer sei in Preußen größer als in den anderen deutschen Ländern. Die Lage der nationalen Mindereheiten sei eine Existenzfrage für Preußen. Die Regierung wolle bei Anerkennung der Lage in den Grenzgebieten eine Verjüngungspolitik betreiben, um den Kulturkampf an den Grenzen zu entgiften unter Wahrung aller nationalen Interessen. Dasselbe gelte auf dem Gebiete der internationalen geistigen Zusammenarbeit.

Gewerkschaftstagung in Koblenz.

Reden von Marx und Severing.

Der Gewerkschaftsausschuß für die besetzten Gebiete, der die Spitzenverbände der gesamten Gewerkschaften im besetzten Gebiet umfaßt, hielt in Koblenz eine Tagung ab, in der die durch die Räumung der Kölner Zone erforderlich gewordene Umbildung des Ausschusses vollzogen wurde. An der Tagung nahmen der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Marx, und der preussische Innenminister, Severing, teil. Der Reichsarbeitsminister hatte sich vertreten lassen. Nach Erstattung des Geschäftsberichts durch den Geschäftsführer Dr. Meyer ergriff

Reichsminister Dr. Marx

das Wort zu einem Vortrage über die politische und wirtschaftliche Lage der besetzten Gebiete:

Die schwereren Zeiten der Besetzung und die härtesten

Kämpfe hatten den Einheitswillen der gesamten rheinischen Bevölkerung zum Deutschen Reich nicht erschüttern können. In nächster Zeit werde eine Geschichte des Rhein- und Ruhrkampfes geschrieben werden, die eine wesentliche Episode der Weltgeschichte darstellen werde. In aller Welt habe damals schon der unerlöschliche Einheitswille des wehrlosen und entwaffneten Volkes gegenüber der Waffengewalt einen besonderen Eindruck erweckt. Ihm, dem damaligen Kanzler, habe ein einflussreicher Politiker in London erklärt: „Ihr Deutsche seid doch ein prachtvolles Volk. Mögen sie mit Euch machen, was sie wollen, Ihr seid gefaßt, und ein solches Volk wird niemals verloren gehen.“ Viel Anerkennung sollte Reichsminister Marx den Gewerkschaften und ihren Führern, die während des Ruhrkampfes und auch während der Separatistentage ein einheitliches geschlossenes Ganzes dargestellt hätten. Es sei aber nötig, daß der Einheitswille auch ferner gefördert werde. Darauf ergriff

Minister Severing

das Wort und führte u. a. aus:

Allmählich geht es wieder vorwärts. Wenn auch die Zahl der Arbeitslosen ernsthafte Sorge bereitet, so sind wir doch der Auffassung, daß wir im vergangenen Winter den Höhepunkt erreicht haben. Es wird allerdings im kommenden Herbst zu einer erneuten Verschärfung kommen, wenn Neubauten nicht mehr ausgeführt werden, so daß die Arbeitslosigkeit unter Umständen die gleiche oder eine höhere Zahl erreichen wird. Auch hier wird es vornehmste Pflicht und Aufgabe der Gewerkschaften sein, zur Besonnenheit und Ruhe zu mahnen. Die Gewerkschaften müssen ihren Leuten klar machen, daß eingeschlagene Fensterhebeln und verfallene Werksanlagen nicht Brot, Arbeit und Verdienste schaffen können. Wir haben die Hoffnung, daß die zweite und dritte Zone früher als zu den vorgeesehenen Zeiten geräumt werden. Das werden wir aber nicht mit Waffen und Bomben erreichen, sondern mit der Waffe des Rechts und der Wahrheit.

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Langwerth von Simmern, berichtete im Anschluß daran über seine Erfahrungen als Botschafter in Spanien und führte insbesondere aus, daß man dort großes Verständnis für die wirtschaftlichen Nöte Deutschlands gehabt und insbesondere beim Ruhrkampf und bei den Separatistenunruhen dem Heroismus und der festen Haltung der Arbeiterschaft großen Beifall gezollt habe.

Die drückende Besatzungslast.

Bei der Besprechung, die am Montag bei der Regierung in Koblenz im Beisein des Ministers Severing stattfand, wies Regierungspräsident Brandt auf die schwierige Lage im Regierungsbezirk Koblenz hin, die durch die schweren Belastungen noch besonders vermehrt werde. Man stehe auf dem Boden des Geistes von Locarno und könne darum um so weniger verstehen, daß die Besetzung des Rheinlandes mit einer so großen Truppenzahl aufrecht erhalten werde. In Engers seien 750 Mann Besatzung mehr untergebracht als früher, und in Kreuznach entfalle auf acht Personen ein Mann der Besatzung. Nachdem noch jeder Wirtschaftsstand seine Wünsche und Beschwerden durch einen Vertreter vorgebracht hatte, sagte Minister Severing die Berücksichtigung dieser Wünsche im Rahmen des Möglichen zu und versprach, die einzelnen Anregungen den Ressortministern zu übermitteln.

Deutschlands Anspruch auf Kolonien.

Eine halbamtliche Erklärung.

Zu den verschiedenen Meldungen der Ententepresse über die Ansprüche Deutschlands auf Kolonialmandate wird halbamtlich erklärt, daß bisher keinen ausländischen Zeitungen irgend welche offizielle oder private Mitteilungen über die künftigen Mandatwünsche der Reichsregierung gemacht worden sind.

Die deutsche Regierung betrachtet die Kolonialfrage als eine Angelegenheit, über die später zu verhandeln ist. Das moralische Recht auf Kolonialmandate nach Eintritt in den Völkerverbund sei Deutschland in Locarno feierlich bestätigt worden. Darauf habe der Reichsaussenminister wiederholt öffentlich hingewiesen. Da Deutschland noch kein Mitglied des Völkerverbundes sei, wäre es möglich, schon jetzt bestimmte Kolonialwünsche zu äußern.